

Antrag

der Bezirksräte der Österreichischen Volkspartei –MMag. Daniel Soudek, MBA MSc LL.M. Nadine Koch und Robert György – gemäß § 24 der Geschäftsordnung, eingebracht bei der Vollversammlung der Bezirksvertretung Favoriten am 26.04.2023 betreffend

Sozialarbeiter/innen am Reumannplatz und Keplerplatz

Der Vizebürgermeister und amtsführender Stadtrat für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz, Christoph Wiederkehr, bzw. die zuständigen Stellen des Magistrats wird/werden ersucht die Anzahl der Sozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter zu erhöhen und einen vermehrten Einsatz (mindestens zwei Mal pro Woche) in den Bereichen Reumannplatz und Keplerplatz zu forcieren.

Begründung:

Nahezu wöchentlich zeigt sich, dass vor allem der Reumannplatz sowie der Keplerplatz oftmals Schauplätze für gewaltsame Handlungen, Diebstahl und Belästigungen jeglicher Art durch diverse Gruppierungen. Weiters wurde festgestellt, dass diese Gruppierungen zwar schon oftmals mit polizeilichem Einschreiten zu tun hatten, aber noch nie – gemäß deren Aussage – Kontakt zu Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern der Stadt Wien hatten beziehungsweise von diesen angesprochen wurden. Dies ist entweder dem zu geringen Personal für Sozialarbeit in der Stadt Wien, oder dem Meiden der beiden Plätze geschuldet.

Die Polizei, die immer wieder sofort zur Stelle ist und hervorragende Arbeit leistet, ist das letzte Mittel zur Vermeidung oder Bekämpfung von Ausschreitungen, Gewalt, Belästigungen und Verbrechen zum Beispiel mit kulturellen/religiös-motivierten Hintergrund. Wenn die Polizei einschreiten muss, haben davor viele Mechanismen versagt: von der Wohnpolitik, über zu hohe Sozialleistungen ohne jegliche Sanktionsmaßnahmen, bis hin zur geringen Sozialarbeit in der Stadt.

Daher wird der Einsatz von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern als ein notwendiges Mittel angesehen, eine Erhöhung dieser gefordert sowie einen vermehrten Einsatz in den Bereichen Reumannplatz und Keplerplatz als dringend notwendig erachtet, um jegliche negativen Taten bereits im Vorfeld zu verhindern, die diversen Gruppierungen zu sensibilisieren, gemeinsame Programme und Aktivitäten zu starten und in die richtige Richtung zu leiten.

Um Zuweisung an die Kommission für Bildung, Jugend und Soziales wird ersucht.

BezR Daniel Soudek

BezR Nadine Koch

BezR Robert György